

Stellungnahme der Gewerkschaft GEW Main-Kinzig und des Verbandes VBE Main-Kinzig zur Presseerklärung des Main-Kinzig-Kreises vom 21.4.2020

Sehr geehrte Damen und Herren,
in seiner Presseerklärung vom 21.4.2020 zum Schulbeginn am 27.4.2020 rühmt sich der MKK, alle Schulen bestens versorgt und vorbereitet zu haben, um den Herausforderungen der Schulöffnung Herr werden zu können.

Die großspurigen Erklärungen des MKK, alles für einen reibungslosen Schulbeginn getan zu haben, löst bei den in Schule arbeitenden Kolleginnen und Kollegen Empörung aus! Wir alle wollen, dass Schule wieder stattfinden kann, aber vieles ist vor Ort noch völlig ungeklärt.

So kann man lesen, dass im Vorfeld an allen Schulen überprüft wurde, ob diese mit Seifenspendern und Papierhandtüchern ausgestattet sind. Das mag bei einigen Schulen zutreffen – aber wurde auch reagiert, wenn festgestellt wurde, dass keine oder nur eine unzureichende Ausstattung vorhanden ist?

In den Schulen gibt es keine flächendeckende Versorgung mit Papierhandtüchern und Seifenspendern. Die Seifen, die in Klassenräumen vorhanden sind, wurden von den Kollegen oft privat bereitgestellt, zum Händetrocknen wird Küchenrolle verwendet.

Mit dem Zitat des Leiters des Gesundheitsamtes „kaltes Wasser sei völlig ausreichend zum Händewaschen“ wird ein infrastruktureller Missstand an den Schulen verteidigt und schönegeredet, da Schulen in der Regel nicht über warmes Wasser in Klassenräumen und Schülertoiletten verfügen. Es gibt häufig nicht einmal Waschbecken in allen Klassenräumen.

Dass darüber hinaus jetzt die Lehrerinnen und Lehrer zusammen mit ihren Schülerinnen und Schülern (wir reden hier auch von Grundschulern) für die Säuberung der „Einrichtungsgegenstände“ zu sorgen haben, setzt der gesamten mangelhaften Hygieneplanung für die Schulen noch die Krone auf. Aufgabe von Schule ist Bildung und nicht Putzen ohne Schutzausrüstung!

Darüber hinaus sollen die Kolleginnen und Kollegen dann auch noch die erforderlichen Hygienemaßnahmen mit den Schülern einüben.

Weiter ist in der Presseerklärung zu lesen, dass der Main-Kinzig-Kreis bereits zu Beginn der Notbetreuung den Betreuungsgruppen einen Mund-Nasen-Schutz zu Verfügung gestellt hat. Das entspricht nicht der Wahrheit. Die Schulen wurden nicht mit der nötigen Schutzausrüstung versorgt, auch hier war wieder die Eigeninitiative der Kolleginnen und Kollegen vor Ort gefragt. Dies wird auch am 27.4. bei Schulstart nicht anders sein, zumindest weiß bisher noch keine Schulleitung von anderen Plänen.

Die Ausstattung der Schulen mit ausreichenden Mengen an Desinfektionsmittel sollte selbstverständlich sein.

Außerdem ist es dringend notwendig, dass an den Schulen grundsätzlich eine Pflicht zum Tragen einer Schutzmaske für alle Personen eingeführt wird, wie es ja auch in Supermärkten oder Postfilialen der Fall sein wird. Hierbei sollte berücksichtigt werden, dass Lehrkräfte durchaus auch Erste Hilfe an Schülerinnen oder Schülern leisten müssen. Daher ist zu überlegen, ob Lehrkräfte mit einer FFP2-Schutzmaske ausgestattet werden müssen, die sie ausreichend schützt.

Gerade mit Blick auf die Grundschulen halten wir es für unmöglich, bei den vom Minister ins Spiel gebrachten 10 bis 15 Kindern im Raum die gebotenen Abstandsregeln einzuhalten. Für Verkaufsflächen gilt nach wie vor, dass nur ein Kunde pro 20qm in den Laden hineindarf. Warum soll es bezogen auf Klassenräume gänzlich andere Regeln

gen geben? Wir fordern am Alter der Kinder orientierte maximale Gruppengrößen! Wenn man nämlich die Hygiene-Abstandsregel ernst nehmen will - was unser unbedingtes Anliegen ist - können keine 15 Kinder in einem Raum sitzen, sondern höchstens 7 - 8. Bei einer geforderten Unterrichtsstundenanzahl von 20 Std. bedeutet das für das 4. Schuljahr einer Schule mit 4 Klassen in diesem Jahrgang folgendes:

90 Schüler werden aufgeteilt auf 11 Gruppen, benötigen am Tag also 11 Lehrer_innen für den Unterricht und 11 Klassenräume.

Darüber hinaus werden an der Schule aber auch noch die Abschlussklassen 9 und 10 in gleichem Maße beschult. Das organisatorisch zu lösen mit der Option, die Schulen auch für weitere Jahrgänge zu öffnen, zeugt von grenzenloser Verkennung der Realität an den Schulen.

Die Realität an den Schulen sieht nämlich anders aus: ein großer Teil der Lehrkräfte können nicht eingesetzt werden, weil sie einer Risikogruppe angehören, schwanger sind oder kleine Kinder zu betreuen haben, denn Lehrer gehören nach über 5 Wochen immer noch nicht zu den systemrelevanten Berufen.

Von Seiten des Kultusministeriums und des Staatlichen Schulamtes kommen keine brauchbaren Vorschläge, wie mit dieser Situation umgegangen werden kann. Besonders die Schulleitungen werden hier mit der Verantwortung und der ganzen Problematik der Organisation des Unterrichts und der Hygienemaßnahmen allein gelassen. Vielmehr werden skurrile Situationen geschaffen etwa dadurch, dass die hessische Landesregierung ab Montag die Bedeckung von Mund und Nase in Geschäften und dem öffentlichen Personenverkehr vorschreibt, sich aber zu einer solchen Vorschrift für die Schulen nicht durchringen kann – obwohl sich dort die Menschen wesentlich länger miteinander in einem Raum befinden als etwa einer S-Bahn oder einem Buchladen. Wieder einmal bleibt der schwarze Peter bei den Schulen, und von der öffentlich vielbeschworenen Formel von Abstand, Vorsicht und Rücksicht scheint für die Politik in Bezug auf Lehrerinnen und Lehrer sowie Schülerinnen und Schüler gleichermaßen nichts von Relevanz.

Die Schulleitungen hätten entsprechend den Informationen des Kultusministeriums den Wiedereinstieg in den Unterricht schon längst planen können.

Diese erfolgte aber als Stückwerk erst in der Woche vor Schulbeginn.

Wir fordern die Schulträger Main-Kinzig-Kreis und Stadt Hanau nachdrücklich dazu auf, umgehend an den Schulen für die notwendigen Informationen und Bedingungen zu sorgen, damit Unterricht unter maximaler Reduzierung des Ansteckungsrisikos stattfinden kann!